

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 192-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.894

Eingereicht am: 13.09.2016

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: EVP (Streit-Stettler, Bern) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 12

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



E-Government: Endlich eine Strategie für den Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. eine E-Government-Strategie für den Kanton Bern zu erarbeiten
2. eine kantonale E-Government-Zusammenarbeitsorganisation mit den Gemeinden zu bilden, wo gemeinsame E-Government-Angebote für die Bevölkerung und Unternehmen geplant und umgesetzt werden können

Begründung:

Die Bevölkerung und die Unternehmen warten seit Jahren, dass es im Kanton Bern mit E-Government vorwärts geht. Formulare sollen nicht mehr ausgedruckt und von Hand unterschrieben werden müssen. Und wer im Kanton Bern umzieht, soll nicht mehr auf der Gemeindeverwaltung erscheinen müssen. Immer noch sind wir von derartigen Vereinfachungen weit entfernt.

In anderen Kantonen hat sich herausgestellt, dass eine E-Government-Strategie und deren Umsetzung sehr wichtig sind, um dieses schwierige, interdisziplinäre Thema voranzubringen. Seit 2008 gibt es eine nationale E-Government-Strategie. Viele Kantone und Städte (z. B. die Stadt

Bern) haben zudem seit vielen Jahren eigene Strategien, die das E-Government entscheidend vorantreiben und auf Kurs halten.

Im Kanton Bern gab es zwar einige Vorstösse zum elektronischen Baubewilligungsverfahren und zu E-Voting. Hingegen sucht man vergeblich nach einer übergeordneten, ganzheitlichen E-Government-Strategie. Diese kann unter anderem die Einführung von eUmzug, die Umsetzung elektronischer Baubewilligungen, ein kantonales Identity- und Access-Management sowie das E-Voting behandeln.

Ausserdem haben die führenden E-Government-Kantone Zürich und St. Gallen seit kurzem je ein kantonales Gremium, in dem die zuständigen kantonalen Ämter sowie die E-Government-Verantwortlichen der Städte und Gemeinden zusammengeschlossen sind. Dieser Zusammenschluss, der einen institutionalisierten Austausch ermöglicht, hat sich für die Umsetzung von E-Government-Vorhaben als sehr wirksam erwiesen.

Verteiler

- Grosser Rat